



Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Die AfD: mehr als eine Protestpartei

Die Alternative für Deutschland (AfD) fährt derzeit einen Wahlerfolg nach dem anderen ein. Sachsen-Anhalt 24 Prozent, Baden-Württemberg 15 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 21 Prozent, Berlin 14 Prozent. Vor der Flüchtlingskrise lag die AfD im Westen noch bei rund fünf Prozent, im Osten bei rund zehn Prozent.

Sind das alles nur Protestwähler gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen? Wahrscheinlich nicht. Eine jüngst erschienene DIW-Studie macht deutlich, dass sich nicht nur Menschen mit geringer oder mittlerer Bildung für die AfD entscheiden, Männer häufiger als Frauen; nicht nur Arbeitslose, sondern auch Menschen, die Angst haben um ihre zukünftige finanzielle Situation. Vermutlich sind es Menschen, die sich als Verlierer der Globalisierung sehen, die entweder einen Jobverlust fürchten oder bereits arbeitslos sind. Menschen, die das subjektive Gefühl haben, dass die Einkommensungleichheit immer weiter steigt, und die in Zeiten der Globalisierung für sich keine Entwicklungsperspektive sehen. Der ungehinderte Zuzug von Flüchtlingen hat die zuvor nur diffus wahrgenommenen Ängste kanalisiert und ihnen eine Adresse gegeben. Flüchtlinge könnten die Jobs wegnehmen und die ohnehin schon niedrigen Löhne weiter drücken.

Diesen Menschen wird man ihre Sorgen und Ängste nicht durch Obergrenzen in der Zuwanderung nehmen, nicht durch Studien, die das Gefühl der steigenden Einkommensungleichheit zu widerlegen versuchen, noch nicht einmal durch die Einführung des Mindestlohns.

Eigentlich profitiert Deutschland von der Globalisierung, nicht umsonst ist das Land Exportweltmeister, auch dank der Arbeitsmarktreformen von vor bald 15 Jahren. Und es wird in Zukunft wichtig bleiben, eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur aufrechtzuerhalten.

Doch trotz der niedrigen Arbeitslosenquote gibt es in Deutschland immer mehr Verlierer dieser Globalisierung,

nachdem die Politik in der Vergangenheit es versäumt hat, für sie mehr Bildungschancen bereitzustellen und soziale Mobilität zu fördern. Dies zeigen etwa Berichte über das steigende Armutsrisiko, das derzeit bei 15,7 Prozent liegt. Für diese Menschen hat die Politik in den letzten Jahren kaum etwas getan; man glaubte, es würde reichen, möglichst viele Menschen in Lohn und Brot zu haben.

Neue Ansätze für diese Zielgruppe sollten daher zu weiteren Säulen zukünftiger Politik werden. Denn eins sollte allen klar sein: Die Abschottung Deutschlands von globalen Märkten als Alternative für Deutschland würde zu drastischen Wohlstandseinbußen führen. Für alle. Insofern wird die Politik mehr für jene tun müssen, die sich als Verlierer der Globalisierung sehen. Drei Vorschläge: Diese Zielgruppe braucht mehr Entwicklungsperspektiven. Das geht nur über eine bessere Bildung. Menschen, die über niedrigere Bildungsabschlüsse verfügen, benötigen Zugang zu neuen Formaten der Weiterbildung, die auf ihren Bedarf zugeschnitten sind und die neue Jobperspektiven eröffnen.

Seit Jahren mahnt die OECD an, der Anteil der Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sei in Deutschland zu hoch und die Durchlässigkeit der Schulen für Kinder von schlecht ausgebildeten Eltern zu niedrig. Möchte man diesen Kindern eine bessere Perspektive bieten, bedarf es Schulformen, die die Durchlässigkeit erhöhen und den Anteil der Schulabbrecher und schlecht Ausgebildeten senken. Der Hinweis auf andere Schulsysteme wie etwa in Finnland ist ebenso alt wie die Mahnungen der OECD, aber bis heute wurden solche Schulreformen nicht ernsthaft angegangen.

Unternehmen sollten über neue Formen der Gewinnbeteiligung nachdenken, gerade für Angestellte, deren meist fixe Stundenlöhne im unteren Bereich der Einkommensverteilung liegen. Mit solchen Schritten wird es eher möglich, diese Menschen an positiver wirtschaftlicher Entwicklung partizipieren zu lassen. „It's the economy, stupid!“, sagte schon Bill Clinton, er dürfte nach wie vor Recht haben, auch wenn es darum geht, für die Wähler der AfD bessere Zukunftsperspektiven zu entwickeln.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Michele Piffer, Ph.D.
Dr. Hannes Ullrich

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE GmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.